

„Heiliger Strohsack!“

Ein Ausdruck der Verwunderung oder unangenehmen Überraschung, so definierten Jakob und Wilhelm Grimm in ihrem Deutschen Wörterbuch die im Volksmund gebräuchliche Redensart. „*Heiliger Geldsack!*“, könnte in Anlehnung an diesen Satz gesagt werden, wenn Anfang Juni in Heiligendamm die Führenden der herrschenden Industriestaaten sich zu ihrem G8-Gipfel treffen.

Der Bedeutung des Gipfel-Ereignisses gemäß wollten auch wir vom newsletter uns Problemen der Globalisierung widmen. Werner Rätz thematisiert in seinem Beitrag die Auswirkungen einer internationalisierten Wirtschaft auf behinderte Menschen. Neben der Konkurrenz auf den Arbeitsmärkten widmet er sich der neoliberalen Deutung der Selbstbestimmung. Diese macht allein die „selbstbestimmte“ Existenzsicherung zum Erfolgskriterium gesellschaftlicher Anerkennung. Früher hieß dies „Kampf ums Dasein“ und ist damit nichts anderes als die globalisierte Neuauflage eines (sozial)darwinischen Konzepts (▶ S. 2).

Wie unmittelbar der Daseinskampf als Folge kriegerischer Auseinandersetzungen für viele erlebt wird, berichtet Anne Jung. In ihrem Interview geht es um behinderte Bürgerkriegsopfer in Sierra Leone (▶ S. 4).

Empört werden die Befürworter der Globalisierung die Verwendung dieses Kampfbegriffs als Nähe zum Nationalsozialismus zurückweisen. Doch die Grenzen sind fließend. Volker van der Locht erinnert in seinem historischen

Beitrag über die Sterilisierung einer farbigen deutschen Minderheit an die Übergänge zwischen Frauenunterdrückung, ethnischem und eugenischen Rassismus, Er weist darauf hin, dass dieses Denken bei Rechten und Linken vorhanden war. Und er streift die globale Wahrnehmung auf rassistisches Denken und politisches Handeln vor und nach 1933 (▶ S. 6).

Unter globaler Beobachtung steht Deutschland auch heute. Erinnert sei an den Besuch von Vernor Muñoz, Sonderbotschafter des UN Menschenrechtsrates in Genf. Die Aufregung war groß unter deutschen PolitikerInnen, weil seinem Bericht zufolge das Menschenrecht auf Bildung für behinderte Kinder und MigrantInnen nicht gesichert ist. Wie in keinem anderen vergleichbaren Industriestaat sei Aussonderung der Betroffenen vorherrschend. Allerdings regt sich Widerstand. Susanne von Daniels weist in ihrem Beitrag auf einen Kongress hin, der sich „Eine Schule für alle“ zum Ziel gesetzt hat (▶ S. 1).

Ebenso skizziert Rebecca Maskos mit der Entstehung eines Netzwerkes behinderter Frauen in Europa Strukturen gegen vorherrschende Diskriminierung (▶ S. 5), und Thomas Schmidt weiß uns hoffnungsvoll Antidepressives über eine neue Behindertenzeitschrift zu berichten (▶ S. 8).

So mag der Strohsack – nach den Gebrüder Grimm auch Ausdruck für Armut und Ausgestoßen-Sein – als Symbol der Überwindung des Bestehenden dienen. Für die Redaktion

VOLKER VAN DER LOCHT

Eine Schule für Alle.

87% aller behinderten SchülerInnen ...

... werden immer noch schulisch ausgesondert.

Die Initiative mittendrin e.V. Köln will mit ihrem Kongress „Eine Schule für Alle“ vom 16. bis 18. November in Köln (Universität zu Köln) schulische Integration endlich wieder zu einem bildungspolitischen Thema machen, auf dass kein Kind – ob hochbegabt, ob so genannt geistig behindert - zurückgelassen wird, auf dass Schule produktiv mit Vielfalt von Lebendigkeit umgehen kann, auf dass ...

Der Kongress will/wird alle Beteiligten fundiert über Bedingungen und Möglichkeiten inklusiver Schulen informieren. Pädagogen und Pädagoginnen werden über praktische Erfahrungen der inklusiven Schule von KollegInnen informiert, die schulische Integration von Beginn an in unterschiedlichen Arbeitsbereichen konstruktiv-kritisch begleiten und zu ihrer Weiterentwicklung beigetragen haben und beitragen. Der basisnahe Kongress wird Eltern über ihr Recht auf Integration und über Möglichkeiten ihr Recht durchzusetzen informieren. Alle Beteiligten werden erfahren, warum die inklusive Schule die bessere Schule für alle ist. Ich habe den Eindruck, dass – nicht nur - hier in Köln bereits von der Vorbereitungsphase des Kongresses neue Energie für den Kampf für Nichtaussonderung ausgeht, die dringend notwendig ist!

weiter auf Seite 7

Auswirkungen der Globalisierung auf psychisch kranke und behinderte Menschen

Neoliberale Globalisierung ersetzt zunehmend gesellschaftliche Regulierungen durch Marktsituationen und Konkurrenzabläufe. Ihre Kritik sollte also die Situation von Menschen vorrangig in den Blick nehmen, die absehbar an dieser neuen Herausforderung scheitern müssen. Zumindest was psychisch kranke und behinderte Menschen betrifft, ist das nicht der Fall: Sie sind für die globalisierungskritische Bewegung bisher kein Thema. Gleiches gilt umgekehrt: Die behindertenpolitische Debatte beschäftigt sich höchstens sehr allgemein mit der Globalisierung. Dieser Artikel kennzeichnet deshalb auch eher ein Aufgabenfeld zukünftiger Fragestellungen als dass er einen erreichten Stand darstellt.

Trotz dieses Befundes gibt es eine sofort ins Auge springende Überschneidung: Der Diskurs um „Selbstbestimmung“ ist ein zentrales Element beider Themenbereiche. Selbstbestimmung war in der Behindertenpolitik allzu oft noch nur als Ziel, als Wunschvorstellung formulierbar, musste viel mehr erkämpft werden, als dass sie gestaltet werden konnte. Sie ist deshalb klar positiv besetzt. Neoliberale Globalisierung beruft sich ebenfalls durchgängig auf Selbstbestimmung, die hier allerdings oft im Gewand der „Eigenverantwortung“ daherkommt. Zwar schaffe, so argumentiert Anne Waldschmidt im Rahmen der Disability Studies, „der Neoliberalismus...die Voraussetzung für die Selbstbestimmung auch der behinderten Menschen“. Aber, fährt sie fort: „In der fortgeschrittenen Moderne darf man nicht nur selbstbestimmt leben; man muss es sogar...Autonomie...ist zur sozialen Verpflichtung geworden.“ (Aus Politik und Zeitgeschehen B 08/2003)

Im Neoliberalismus geht es um Möglichkeiten, um Angebote auf einem Markt, um die die Einzelnen konkurrieren. Durchsetzen muss

man sich schon selbst. Im neuen Abkommen über die Rechte behinderter Menschen sollen dann auch vor allem wirksame Zugänge zu Beratung, Bildung und Vermittlung „ermöglicht“, Beschäftigung, selbstständiges Unternehmertum oder Genossenschaften „gefördert“ und „Förderprogramme und Anreize“ geschaffen werden. Auch psychisch kranke und behinderte Menschen haben Fähigkeiten und sind in der Lage, sich durchzusetzen. Aber manche und in manchen Situationen sind eben auch bedürftige Menschen, die besondere Bedingungen brauchen, deren Möglichkeiten erst gelebt werden können, wenn ihnen bestimmte Zugänge systematisch und zuverlässig zur Verfügung stehen. „Barrierefreiheit“ ist nicht nur eine Anforderung an Gebäude und Wege, sondern auch an Arbeitsmärkte. Davon aber ist ausdrücklich keine Rede mehr.

Josef Siegers (Hauptgeschäftsführung der Deutschen Arbeitgeberverbände) sagt, es gehe um den „regulären Arbeitsmarkt und nicht um die „Perfektionierung institutioneller Sonderregelungen“. „Die Beschäf-

tigung Behinderter ist eingebettet in die üblichen betrieblichen Kosten- und Ertragskalküle. Es gibt auf Dauer keine Nischen für Behinderte, sondern nur Arbeitsplätze, deren Arbeitsergebnis höher ist als der Arbeitseinsatz.“ Die „Globalisierung der Märkte“ böte dafür durch „Rationalisierung“ und „weltweit neue Absatzchancen“ gute Möglichkeiten. Ausschlaggebend dafür, ob Behinderte diese wahrnehmen könnten, sei „die Qualifikation des einzelnen Arbeitnehmers“. (ZB 1/2000)

Die von Siegers angesprochenen konkurrenzfähigen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben sich etwa in der Landwirtschaft, weil „sich Werkstätten durch die zunehmende Globalisierung einem verstärkten Preisdruck ausgesetzt (sahen), so dass die Suche nach Alternativen zur industriellen Fertigung einsetzte“. So heißt es in einer Projektbeschreibung der Forschungsgemeinschaft für biologischen Landbau. Dort wird auch die Erklärung für die Konkurrenzfähigkeit der Behindertenwerkstätten geliefert: „Angesichts des agrarstrukturellen Wandels gaben immer mehr Betriebe ihre Produktionsgebäude und –flächen auf.“ Wirtschaftlich nicht mehr einkömmlich leistbare Tätigkeiten, Lohnkonkurrenz in den internationalen Exportmärkten, die Mobilisierung spezieller Fähigkeiten einzelner behinderter Menschen, das sind die gebotenen Beschäftigungsperspektiven. Wer da nichts zu bieten hat, hat ein Problem.

Die Werkstätten für Behinderte können etwas davon erzählen. Bei ihnen

gibt es eine verstärkte Platznachfrage von Personen, deren bisherige (Über) Lebenszusammenhänge und Nischen verloren gehen. Ulrich Hiltl von den Werkstätten in Schwandorf nennt vier Gruppen: Menschen mit psychischen Behinderungen; Menschen mit einer Behinderung aus anderen Kulturkreisen; Autisten; Menschen mit Behinderungen aus Unfällen oder Krankheiten wie Schädel-Hirn-Verletzungen, Schlaganfällen, Drogenmissbrauch. Der Zusammenhang mit der Globalisierung ist offensichtlich. Diese führt zu vermehrtem Stress im Arbeitsleben und in der Freizeit; Krankheiten, Unfälle, „Aussteigen“ durch Drogen oder psychische Störungen sind eine notwendige Folge. Durch die Verschlechterung der Lebensbedingungen weltweit suchen immer mehr Menschen auch hierzulande eine Zukunft für sich, oft unter illegalen Bedingungen; für diese gilt das Gesagte verstärkt. Und die Vermarktlichung des gesamten Sozialbereichs, speziell des Gesundheitswesens, vernichtet dort Betreuungsmöglichkeiten und Lebensorte, so dass die Herausgefallenen nach Alternativen schauen (müssen). Das wird noch deutlicher, wenn Hiltl darauf hinweist, dass die Nachfragenden immer jünger werden und immer öfter nicht aus den Förder Schulen kommen.

Behinderte waren auf dem Arbeitsmarkt immer schon Billigarbeitskräfte. Viele ihrer Arbeitsplätze fielen weg, weil sie durch Maschinen ersetzt wurden. Inzwischen aber ist ein weltweiter Konkurrenzkampf darum entstanden, menschliche Arbeit noch billiger anzubieten als diese Maschinenarbeit. Migration und die damit verbundene Rechtlosigkeit, Ausgliedern ganzer Unternehmensteile zu schlechtesten Bedingungen, Wegfall öffentlicher Unterstützung und spezieller Förderprogramme tragen dazu bei. Ausschlaggebend aber ist die Tatsache, dass Arbeits-

kraft inzwischen weltweit um die niedrigsten Löhne konkurriert. Hiltl nennt Zahlen: Die Lohnstunde kostet in Moskau 0,50 US-\$, im Iran 1,20, im Baltikum 2,00, in der Türkei 1,50, in Indien 0,70. Hinzuzufügen wären die Insassen chinesischer Arbeitslager, die praktisch umsonst arbeiten. Das Benchmarking der Firmen, der genaue Vergleich der Kosten und des Ertrags eines Arbeitsplatzes in jeder Beziehung, innerhalb des Unternehmens, im Vergleich zur direkten Konkurrenz, im lokalen Lohngefüge und auf dem Weltmarkt ist selbstverständlicher Teil globalisierter Unternehmenspraxis.

Behinderte und kranke Menschen bekommen darin nur eine Chance, wenn sie Kostenvorteile bieten. Oder wenn sie Glück haben, sozusagen in der Lotterie gewinnen. Denn die gehört selbstverständlich auch zum Akzeptanzmanagement dieses Systems. Seine Gnadenlosigkeit könnte sonst zu offensichtlich werden. So kümmert sich die Weltbank zwar nicht um die systematische Verbesserung der Lebensumstände der Bevölkerung in den arm gemachten Ländern des Südens, sondern vielmehr darum, dass diese ihren Schuldendienst leisten können. Aber gelegentlich, als Projekt, werden auch mal Arbeitsplätze für Behinderte geschaffen. So geschehen etwa vor drei Jahren, als sich weltweit dreitausend Projekte in einem Wettbewerb anmeldeten, bei dem eine Arbeitsstätte für 250 behinderte Menschen zu gewinnen war. Das Rennen machte eine Gruppe in Addis Abeba, Äthiopien, die öffentliche Toiletten bauen und betreiben will – die Stadtverwaltung hatte sich aus diesem Geschäft zurückgezogen. Hier werden Behindertengruppen nicht nur gegeneinander ausgespielt, sondern die „Erfolgreichen“ werden auch noch benutzt, um den Abbau der ohnehin schon desolaten öffentlichen Versorgung zu legitimieren. Die Internationale Arbeitsorganisa-

tion (ILO), die das Projekt konzipiert hat, erwähnt es nicht, aber es ist anzunehmen, dass viele der äthiopischen Betroffenen ihre Behinderung im Krieg erworben haben, der im Rahmen der neoliberalen Wolfsgesellschaft so viele Länder verwüstet. In einem anderen Fall ist bekannt, dass die Beeinträchtigung, an der die Menschen leiden, eine unmittelbare Auswirkung moderner Wirtschaftspraxis ist. In den indischen Baumwollanbauregionen wurde in den letzten Jahren verstärkt gentechnisch veränderte Baumwolle angebaut. Saatgut und Spritzmittel sind teuer, die Erträge waren schlecht, die Bauern verschuldeten sich. Die Gläubiger nahmen alles weg, das Geld, das Vieh, die Erträge anderer Pflanzen, alles, was sich zu Geld machen lässt. Die Sorge um die Familie, die Verzweiflung angesichts der Ausweglosigkeit, letztlich auch die Schande, öffentlich bloßgestellt zu sein, wenn sichtbar alles Geldwerte weg ist (in einem dokumentierten Fall wurde die Haustür abmontiert und verkauft), führen zur Selbstaufgabe und zum Selbstmord vieler Bauern, obwohl Selbstmorde bisher in der Region selten und kein Teil der Kultur waren.

Wäre es da bloßer Zynismus, die aktuelle Debatte um Sterbehilfe und PatientInnenverfügung („Ich will so nicht mehr leben!“) als Teil der Bearbeitung der psychischen und tatsächlichen Folgen des Neoliberalismus zu verstehen?



WERNER RÄTZ

Dieser Beitrag erschien zuerst in „Sozialpsychiatrische Informationen, 3/2007“

Der Kampf um Entschädigung

Amputees and War Wounded Association

Von 1991 bis 2002 befand sich Sierra Leone in einem Bürgerkrieg, in dem mindestens 75.000 der fünf Millionen Einwohnerinnen und Einwohner starben. Mehr als 5.000 Kinder waren aktiv an Kampfhandlungen beteiligt, mindestens 50.000 Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt oder in die Sklaverei entführt. Finanziert wurde der Krieg zwischen der Rebellenorganisation Revolutionary United Front (RUF) und der sierra-leonischen Armee aus dem Diamantenhandel. 2001 führte der bisher größte UN-Militäreinsatz zu einem Friedensvertrag und zur Demobilisierung der Kämpfer. Die Bevölkerung selbst war am Friedensschluss kaum beteiligt. Die Opfer fordern Entschädigung und gesellschaftliche Teilhabe. Wir sprachen über die Selbsthilfeorganisation Amputees and War Wounded Association mit Anne Jung, compaignerin bei medico international in Frankfurt.

Durch eine internationale Lobbyreise der Selbsthilfeorganisation Amputees and War Wounded Association hat diese eine internationale Öffentlichkeit erreicht. Wen repräsentiert die AWWA und was will sie erreichen?

Die Amputees and War Wounded Association wurde unmittelbar nach Ende des 11-jährigen Bürgerkrieges in Sierra Leone gegründet und vertritt die Hand- und Armamputierten des Landes. Während des Krieges wurden etwa 20.000 Menschen von der Rebellenbewegung RUF grausam verstümmelt. Zunächst ging es dem Verband vor allem darum, nicht mehr als Fotokulisse für internationale Politikerreisen missbraucht zu werden. Nach Kriegsende lebte die Mehrheit der Versehrten – nur wenige Tausend haben die brutale Attacke überlebt – in Camps. Diese wurden gerne aufgesucht, aber nicht, um wirkliche Unterstützung anzubieten, sondern vielmehr, um der Welt den Eindruck zu vermitteln: Ich habe das Grauen gesehen.

Gewalterfahrungen und körperliche Verstümmelung - was kann eine Selbsthilfeorganisation wie AWWA

konkret tun, um die Lebenssituation behinderter Menschen zu verbessern?

In Gesprächen mit der AWWA wird deutlich, dass sie den Austausch untereinander sehr schätzen; er hilft ihnen, mit den traumatischen Erfahrungen besser zurecht zu kommen. Der Verband kann dazu beitragen, dass die Versorgung von behinderten Menschen zu einer Frage des Rechts wird und die Kriegsoffer nicht zu Almosenempfängern degradiert werden.

Eine wichtige Forderung ist es, öffentlich sichtbar zu sein und auf internationaler Ebene die Gründung eines Kriegsofferfonds einzufordern, wie es im Abschlussbericht der Wahrheits- und Versöhnungskommission als bedeutsamer Beitrag zur Versöhnung empfohlen wird. Das war auch der Anlass für die europäische

Anne Jung ist Mitarbeiterin in der Öffentlichkeitsabteilung der *medico international*. *medico* streitet für das Menschenrecht auf den bestmöglichen Zugang zu Gesundheit. Dabei werden Partnerinnen und Partner vorrangig in Afrika, Asien und Lateinamerika in ihrem Bemühen unterstützt wirtschaft-

Lobbyreise, die *medico international* unterstützt hat, um das Anliegen direkt mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - BMZ und der UNO zu besprechen. Die Kriegsoffer warten auf eine – zumindest symbolische – Anerkennung des geschehenen Unrechts.

Welche Perspektiven haben behinderte Menschen in Sierra Leone? Unter welchen Umständen leben sie?

Hier kommt es darauf an, in welche Region des Landes die behinderten Menschen leben. Rund um die Hauptstadt Freetown ist es leichter, das tägliche Überleben zu sichern. Dazu gehören die Vernetzung untereinander genauso wie das Betteln. In der ländlichen Region ist die Lage ungleich schwieriger. Hier werden viele Behinderte diskriminiert, aus ökonomischer Not von ihrer Familie verstoßen oder weil ihr Unglück z.T. als Folge eines Fluchs angesehen wird.

Weil es die Regierung bislang versäumt hat, Schritte zur Beseitigung dieser Not einzuleiten, ist die Lage der Opfer katastrophal - während des kurzen Europa-Aufenthaltes der Association starben zwei Mitstreiter an den Folgen von Hunger und Krankheit. Der Kampf um Entschädigung ist in vielen Fällen ein Kampf ums nackte Überleben. ■

liche, soziale und kulturelle Lebensbedingungen herzustellen, die jedem Menschen das ihm erreichbare Höchstmaß an Gesundheit ermöglichen. Insbesondere steht *medico* Menschen in Not und Armut, darunter Flüchtlingen und Kriegsoffern zur Seite. <http://www.medico-international.de>

Auf nach Europa!

Ein europäisches Netzwerk behinderter Frauen hat sich gegründet.

Sie kamen zu über hundert, aus siebzehn verschiedenen europäischen Ländern. Mit dabei hatten sie Blindenstöcke, Krücken, Rollis, sie sprachen in Gebärden und leichter Sprache. Eines hatten und haben sie trotz aller Unterschiede gemeinsam: sie sind Frauen mit Behinderung. Und als solche sind sie nicht einfach behindert und „obendrauf“ auch noch Frauen. Ihre Lebensbedingungen unterscheiden sich oft fundamental von denen behinderter Männer.

Auf der Konferenz „Ein Netzwerk behinderter Frauen in Europa!“ im Berliner Estrel-Hotel ging es um die Benachteiligung behinderter Frauen in Europa. Und um eine Möglichkeit, sich gegen sie zur Wehr zu setzen. Das Ziel der Konferenz stand schon am ersten Tag fest: Die Gründung eines europaweiten Netzwerks behinderter Frauen.

Denn bisher gibt es Vertretungen der rund 60 Millionen europäischen behinderten Frauen nur vereinzelt innerhalb von anderen Lobbyorganisationen. Es bestehen Frauenkomitees innerhalb europäischer und internationaler Behindertenorganisationen (z.B. Disabled Peoples' International) und einige Zusammenschlüsse behinderter Frauen innerhalb von Frauenorganisationen. Doch im zusammenwachsenden Europa wollen behinderte Frauen nun endlich mit einer Stimme sprechen.

Eingeladen hatte das deutsche Netzwerk behinderter Frauen „Weibernetz“ mit Unterstützung des Ministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend. Die Bundesbehindertenbeauftragte Karin Evers-Meyer und Eva-Maria Welskop-Deffaa, Leiterin der Abteilung Gleichstellung im Frauenministerium, eröffneten zusammen mit den Tagungsorganisatorinnen die Konferenz.

Behinderte Frauen werden zum Beispiel in punkto Bildung und Arbeit deutlich benachteiligt (nur ein Viertel der Behinderten Frauen in der EU hat einen Job, im Gegensatz zu rund der

Hälfte der nichtbehinderten Frauen und 36 % der behinderten Männer¹). Ihnen wird die Möglichkeit der Mutterschaft abgesprochen und sie werden oft nicht als gleichwertige und attraktive Partnerinnen wahrgenommen. Das Risiko, Opfer sexueller Gewalt zu werden ist für behinderte Frauen hoch, besonders wenn sie in Einrichtungen leben oder dauerhaft innerhalb der Familie versorgt werden. Immer noch werden viele, vor allem lernbehinderte Frauen ohne ihr Einverständnis sterilisiert. In Ländern, die ökonomisch schlechter gestellt sind als die west- und nordeuropäischen Länder, sind behinderte Frauen und Mädchen fast immer die letzten, die eine Chance auf Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe bekommen.

Auf diesem seltenen europaweiten Treffen behinderter Frauen stand zunächst einmal der Austausch im Vordergrund. Denn viele behinderte Frauen aus z.B. Deutschland, Finnland oder den Niederlanden wissen nichts vom Leben anderer Frauen mit Behinderungen in Italien oder der Ukraine. Umgekehrt haben gerade Frauen aus ärmeren Ländern kaum Möglichkeiten zu reisen, oder es werden hohe Visahürden aufgebaut. Auch deshalb überwog die Zahl der deutschsprachigen behinderten Frauen. Dennoch kamen einige Frauen aus Ost- und Südeuropa. Sie erzählten

¹ La Rivère-Zijdel, Lydia, „Nichts über uns, nichts ohne uns! Die Situation behinderter Frauen in der EU“, in: WeiberZeit, April 2007, S. 3

zum Teil haarsträubende Geschichten von behinderten Mädchen in Rumänien, die kaum aus dem Haus können, auf keiner Schule aufgenommen werden und deshalb zuhause unterrichtet werden. Oder ihr Leben lang Analphabetinnen bleiben. Von osteuropäischen Heimen, in denen Schläge und sexuelle Übergriffe an der Tagesordnung sind.

Die Frauen auf der Konferenz hatten oft Glück gehabt. Einige haben eine finanziell gut gestellte Familie, oder einen engen Freundeskreis, der zum Beispiel der ukrainischen Aktivistin Elena Shyngaryova ihr Psychologie- und Jurastudium ermöglicht hat. Abwechselnd trugen ihre Freundinnen und Freunde sie die Treppen zur völlig unzugänglichen Uni in Kharkiv rauf. Viele der Frauen leben, obwohl weit über 30, immer noch bei ihren Eltern. Einige hatten ihre Mütter als Assistentinnen dabei. Würde sie heiraten, erzählte die rumänische Wissenschaftlerin Ecaterina Iăger, verlöre sie den kleinen staatlichen Zuschuss zum Assistentinnenlohn für ihre Mutter. Wer eine behinderte Frau heiratet, der soll sie auch pflegen – so das Denkmuster, das es allerdings nicht nur in Rumänien gibt. Eine Art staatlich erzwungenes Single-Dasein für behinderte Frauen.

Aber auch die Frauen aus den nord- und westeuropäischen Ländern sparten nicht mit Geschichten alltäglicher Diskriminierung. Viele der hochqualifizierten Teilnehmerinnen hatten sich jahrelang vergeblich um Jobs bemüht.

Die Strukturen des Netzwerks sollen nun von einer Projektgruppe weiter entwickelt werden. Angedacht ist ein Büro und verschiedene Mitarbeiterinnen, die Kosten sollen durch

Fortsetzung Seite 7

Die „Schwarze Schmach“ am Rhein

Sommer 1937: Die Sterilisierung der „Rheinlandbastarde“ und der NS-Behindertenmord

Im Sommer 1937 untersuchten drei Kommissionen deutscher Ärzte in Koblenz, Ludwigshafen und Wiesbaden 385 Kinder und beschlossen deren Sterilisation: Es handelte sich um farbige Kinder und Jugendlichen, die nicht aufgrund einer Behinderung, sondern allein wegen ihrer Hautfarbe zu Opfern des NS-Staates wurden.

Diese Aktion hat eine lange Vorgeschichte und führt zurück in die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Der Friedensvertrag von Versailles, bestimmte in Artikel 428, dass nach Inkrafttreten des Vertrages im Januar 1920 deutsche Gebiete westlich des Rheins einschließlich einzelner Brückenköpfe rechtsrheinisch 15 Jahre lang von alliierten Truppen besetzt bleiben sollten. Aufgrund des Einmarsches deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone und Verzögerungen bei den zu leistenden Reparationsleistungen kam es zur Ausweitung der besetzt gehaltenen Gebiete. So rückten im April 1920 französische Truppen in Frankfurt und Umgebung ein. Die bekannteste Sanktion war die Besetzung des Ruhrgebiets ab Januar 1923.

Bei der Besetzung verwendete Frankreich auch afrikanische Kolonialtruppen, und in der Folge kam es zu Kontakten zwischen farbigen Soldaten und deutschen Frauen. Schnell formierte sich eine breite Front gegen deren Einsatz. In der Presse begann eine Hetze, die die Soldaten mit Worten wie „schwarze Pest in Europa“ „Schwarzengreuel im besetzten Gebiet“ bezeichneten. Auch die Nationalversammlung,

die die Weimarer Verfassung verabschiedete, bezeichnete unter Einschluss fast aller Parteien bis hin zur SPD in einem Appell an die Reichsregierung die „missbräuchliche Verwendung der Farbigen“ als eine „unauslöschliche Schmach“. Lediglich die Fraktionen der linkssozialistischen USPD und der KPD folgten der Entscheidung nicht.

Entsprechend den Parteien in der Nationalversammlung bildete sich außerparlamentarisch ein ungewöhnlich breites gesellschaftliches Spektrum, das gegen die Kolonialsoldaten mobilisierte. Mit nationalistischen Gruppen koalierten hier sozialdemokratische und gewerkschaftliche Vereinigungen mit diversen Frauenorganisationen und Gliederungen der katholischen und evangelischen Kirche. Unterstützung fand diese Bewegung auch in anderen Ländern. Proteste kamen unter anderem aus den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Dänemark, Norwegen, Ungarn, Irland, Polen, Neuseeland, Australien. Besonders in Großbritannien und den USA, wurde der Einsatz afrikanischer Soldaten in Deutschland kritisiert. Darunter war unter anderem die „International Labour Party“ (Internationale Arbeiterpartei) und zeitweise die pazifistische Frauenorganisation „Women’s International League for Peace and Freedom“ (Internationale Frauen Liga für Frieden und Freiheit).

Gemeinsam beschwor dieses internationale Bündnis die Kulturgemeinschaft und Rasse der Weißen als „*Lebensfrage für die weiße Menschheit*“. Ein Ausgangspunkt ihrer Propaganda war die „*weiße*

Frau“. „*Von schwarzen Tieren vergewaltigt*“ – so oder ähnlich lauteten Schlagzeilen diverser Presseartikel. Und nur vereinzelt wurden kritische Stimmen laut. So lehnte der Verband Frankfurter Frauenvereine eine Stellungnahme gegen „Schwarze“ ab, da es auch Vergewaltigungen weißer Männer und ebenso freiwillige Verbindungen gab. Für die „weiße Frau“ gab es nur den Weg der Selbsttötung, um die „Schmach“ zu tilgen. Frauen, die freiwillig eine derartige Verbindung eingegangen waren, wurden als „Negerhuren“ denunziert. Gleichwohl suchte in diesem aufgeheizten Klima manche dieser Frauen den Tod, wie folgender Brief belegt: „Liebe Mutter und Schwester! Bitte verzeihe mir was ich getan habe. Salah hat mich gebeten ihn zu töten, ich habe ihn lieb und habe ein Kind von ihm und ich will sterben mit ihm. Bitte liebe Mutter und Schwester verzeihe mir alles. Lebt wohl für immer.“

Von solchen Folgen ließen sich die Nazis nicht beeindrucken. Schon am 13. April 1933 teilte der Preußische Innenminister Hermann Göring den Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Köln, Koblenz, Aachen und Wiesbaden mit, er wolle eine Statistik über die von farbigen Soldaten und deutschen Frauen gezeugten Kinder. Eine Aufstellung vom Februar 1934 ergab: in Preußen lebten 145 dieser farbigen Kinder. Sie wurden zwischen 1919 und 1930 geboren, waren also zwischen 4 und 15 Jahren alt, kamen oder waren im geschlechtsreifen Alter.

Der Rassenanthropologe Professor Abel stellte in einer Untersuchung im Regierungsbezirk Wiesbaden

fest, die Leistungen der „Bastarde“ in der Schule erreichten nur 86,9% des Klassendurchschnitts. Damit wurde „rassische Minderwertigkeit“ mit Lernbehinderung verknüpft. Da bei der Erfassung einer Erbkrankheit auch die Nationalität eines so genannten Erbkrankverdächtigen abgefragt wurde, fand folgerichtig nach dem Inkrafttreten des Sterilisationsgesetzes am 1. Januar 1934 die Unfruchtbarmachung Farbiger ihre praktische Umsetzung. So berichtete der Oberbürgermeister von Düsseldorf in einem Schreiben vom Juni 1934 über einen 10jährigen Jungen. K. lerne schlecht und würde alles wieder vergessen. Der Stadtarzt meinte, obgleich der Junge gesund sei, sei er um etwa zwei bis drei Jahre seinem Alter entsprechend zurückgeblieben. Es handele sich um einen mittelschweren Fall von Schwachsinn. Rassisch sei K. ein Mongole, es sei notwendig hier das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses anzuwenden.

Mit dem Sterilisationsgesetz konnte jedoch eine generelle Sterilisierung farbiger Menschen nicht begründet werden. Hier mussten die Nazis außenpolitische Rücksichten nehmen. Teils protestierten ausländische Botschaften in Berlin, wenn es Schwierigkeiten bei der Heirat ihrer Staatsangehörigen mit deutschen Frauen gab. In Ceylon, dem heutigen Sri Lanka zum Beispiel, ankerte im Herbst 1933 der deutsche Kreuzer „Köln“. Die sehr freundliche Stimmung der Einwohner schlug nach Meldungen über die deutsche Rassenpolitik um. Ceylons Presse startete heftige Attacken gegen die Reichsregierung. Im Parlament ertönte der Ruf nach einem Boykott deutscher Waren und deutsche Firmen dort meldeten schwere Rückschläge im Handel.

Letztendlich setzte sich der NS-Staat aber über Proteste des Auslands hinweg. Am 7. Februar 1935 lud

Ministerialrat Arthur Gütt, einer der Kommentatoren des Sterilisationsgesetzes, Sachbearbeiter des Außen- Justiz- und Wehrministeriums zu einer Sitzung des Sachverständigenbeirats für Bevölkerungs- und Rassenfragen ein, um über die „Lösung der Bastardfrage“ zu beraten. Bei dieser Zusammenkunft wurde die oben erwähnte Zahl von 385 farbigen Kindern genannt. Die Zahl ist gemessen an der Vielzahl nationalsozialistischer Opfer gering. Wesentlicher hingegen war, dass bewusst die illegale Sterilisation der betreffenden Kinder diskutiert wurde. Unklar ist, wie der Beratungsweg weiter verlief und welche Position Hitler einnahm. Im Frühjahr 1937 wurde in der Zentrale der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) in Berlin eine Sonderkommission gebildet, mit dem Auftrag der unauffälligen Sterilisierung der so genannten Rheinlandbastarde. Dazu wurden die oben genannten Gutachterkommissionen berufen, die über die rassische Zugehörigkeit und damit über Sterilisation zu entscheiden hatten. Mit diesen Kommissionen brach der NS-Staat nicht nur sein selbstgesetztes Recht, vielmehr wurde damit ein Begutachtungsmodell entwickelt, das später massenweise bei der als „geheime Reichssache“ deklarierten „Euthanasie“ Behindertener und psychisch Kranker Anwendung fand.

VOLKER VAN DER LOCHT, ESSEN

Fortsetzung von Seite 1

Die Power, mit der mittendrin e.V. für Nichtaussonderung kämpft, verspricht selbst diejenigen positiv verunsichern zu können, die Teilhabe im Prinzip befürworten, aber in der Praxis nichts dagegen setzen oder dagegen haben, dass die Zuweisung behinderter Pänz (Kinder) in Förder-schulen immer noch die Regel ist. Interessierte finden unter www.eine-schule-fuer-alle.info nicht nur

Fortsetzung von Seite 5

EU-Mittel gedeckt werden. Die Teilnehmerinnen hoffen, dadurch näher an die EU-Politiker ran zu kommen. Lobbyarbeit sei wichtig, schließlich habe die Diskussion um die europäische Antidiskriminierungsrichtlinie im vergangenen Jahr gezeigt, dass EU-Politik die nationalen Debatten stark beeinflussen kann, so Mitorganisatorin Martina Puschke. Das Netzwerk soll aber nicht nur die politische Handlungsfähigkeit behinderter Frauen ermöglichen. Es soll auch ganz praktisch dem Erfahrungsaustausch dienen – was in einem Land gut funktioniert, könnte modellhaft für andere Länder werden (z.B. die Organisation von Assistenz in Skandinavien).

Viele Debatten über Machbarkeit gab es, über den Standort des potentiellen Büros, über die Frage, ob ein Netzwerk wirklich eine Lobby-Organisation sein kann – aber natürlich auch jede Menge Spaß. Feiern konnten die Frauen vor allem beim glamourösen Buffet am zweiten Abend. Nicht nur die kulinarischen Überraschungen, sondern auch der stimmungsgewaltige Auftritt der rollifahrenden Sängerin B-Key sorgten nachhaltig für Eindruck. Und noch viel mehr die tollen Begegnungen zwischen griechischen Ein-Frau-Lobbyorganisationen, ukrainischen Rechtsanwältinnen und spanischen Frauenrechtlerinnen.

REBECCA MASKOS, BREMEN

eine sehr gute Information über den Kongress selbst, sondern einen differenzierten Überblick über den Stand und Anspruch schulischer Integration(sinsel) einerseits und aussondernder Wirklichkeit andererseits.

Die Veranstaltung könnte/kann neue Bewegung/en in die „alten“ Integrations- und Behindertenbewegungen bringen.

SUSANNE V. DANIELS, KÖLN

Antidepressives aus der Hauptstadt



Ein Mondkalb macht Lust auf mehr

Ein Blick auf die Landschaft der deutschsprachigen Behindertenzeitschriften mit im weitesten Sinne emanzipatorischem Anspruch im Jahr 2007 – und zwar sowohl auf die Liste der eingegangenen Titel als auch auf den Zustand der übriggebliebenen – kann sensible Menschen in die Depression treiben.

In diese Situation platzt ein im Stil eines Stadtmagazins layoutetes 8-seitiges Heft aus Berlin mit dem zunächst ratlos machenden Titel *mondkalb*, das auch im Untertitel („Zeitschrift für Politik und Kultur“) keine behindertenpolitischen Ambitionen vermuten lässt. Wer aber die erste Ausgabe aufschlägt und die Überschriften überfliegt, erkennt manche Themen wieder, welche schon die Literatur aus der unabhängigen Behindertenbewegung der 1980er und 1990er Jahre begleitet haben.

Vieles davon wird im *mondkalb* provokativ und vor allem lustvoll gegen den Strich gebürstet. So führt etwa P.R. Iapos, der im Impressum als „Redakteur für alles Schöne“ firmiert, in seiner Kolumne unter dem Titel „Krüppel aus dem Sack“ zunächst die politisch korrekte Sprachregelung ad absurdum, um am Ende ziemlich direkt auf seine Bedürfnisse als behinderter Mann zu pochen. Damit ist er bei seinem eigentlichen Thema (und dem der halben Redaktion von Nummer eins): dem Umstand nämlich, das die Krüppel-Community nicht aus geschlechtslosen Kopfmenschen besteht, sondern aus Männern und Frauen mit entsprechenden Bedürfnissen, deren (Nicht-)Erfüllung etwas über den Stand der Emanzipation in der Gesellschaft aussagt. Hier wie in vielen weiteren Beiträgen scheuen sich die *mondkalb*-Macher

nicht, sich bei den Anhängern der political correctness in die Nesseln zu setzen. Sympathisch daran finde ich, dass sie selbst ihren Sprachgebrauch und die Wirkung von Sprache reflektieren, wie z.B. Lothar Caputh in seinem Plädoyer für eine faire Wertung der Jugendsprache trotz ihrer offenkundigen Behindertenfeindlichkeit: „Ich war irritiert, wusste jedoch noch nicht, dass Irritation die Voraussetzung für Lernen ist – Lernen im Sinne von sich öffnen“.

Die Autoren und Autorinnen des *mondkalbs* schreiben nicht nur meistens sehr lesbar, sondern auch durchwegs in der ersten Person und das ist anscheinend Absicht: Ihnen scheint es nicht darum zu gehen, einen globalen Erklärungszusammenhang durch den nächsten zu ersetzen, sondern die eigenen, teils sehr persönlichen Einsichten zur Diskussion zu stellen, in der Hoffnung auf ihren Irritations- und Lerneffekt. Dabei reicht das Themenspektrum weit über die klassischen Behindertenthemen hinaus. Beim langen Essay über den Berliner Bezirk Lichtenberg von Karsten Krampitz etwa wird erst auf den zweiten Blick klar, was er in einer „Behindertenzeitschrift“ zu suchen hat. Auch hier ist wohl die Irritation Programm.

Die Zeitschrift erweckt mit ihrer Mischung aus Streitlust und Nachdenklichkeit den Eindruck, dass hier eine Gruppe von Leuten mit viel Spaß, Experimentierfreude und genügend Selbstbewusstsein erprobt, wie ein zeitgemäßes Medium für Behindertenpolitik aussehen kann. Die Redaktion besteht sowohl aus (mir) unbekanntem Newcomern als auch aus Aktivist:innen, die sich schon in anderen Publikationen einen guten Namen erworben haben, wie etwa

Rebecca Maskos, die am Beispiel des als „Ashley Treatment“ bekanntgewordenen Falles einen Blick auf die beängstigenden Perspektiven der biotechnischen Manipulation von abweichenden Körperzuständen wagt.

Dennoch werden diejenigen, die sich von der Opferrolle nicht lösen wollen, nicht viel Freude am *mondkalb* haben. Sie werden sinnvollerweise in die „Opferecke“ gestellt, wo Fragen verhandelt werden wie die, ob man mit Anus praeter Analverkehr haben kann oder ob es unter Pygmäen Kleinwüchsige gibt. Die Antwort ist ein echtes Antidepressivum, und das gilt bei aller Ernsthaftigkeit auch für die Zeitschrift als Ganzes.

Schade ist nur, dass das *mondkalb* wenig über sich selbst verrät, denn ich hätte gerne mehr über das Selbstverständnis der Redaktion erfahren oder auch darüber, wie sich ein solches Blatt (das umsonst verteilt wird!) in den Zeiten von Hartz 4 finanziert. Ist die Danksagung an die Berliner Fürst-Donnersmarck-Stiftung ein Hinweis?

Vielleicht gibt es ja eine Antwort in der zweiten Ausgabe, der hoffentlich noch viele weitere folgen.

THOMAS SCHMIDT, MÜNCHEN

Impressum

newsletter Behindertenpolitik Nr. 28
(erscheint als Beiheftung
der Zeitschrift BIOSKOP Nr. 38)

Redaktionsteam:

Volker van der Locht
Tel. 02 01 / 4 30 92 55
E-Mail: volkervanderlocht@t-online.de

Christian Winter (V.i.S.d.P.)
Pleikartsförsterstr. 71, 69124 Heidelberg
Tel. 0 62 21 / 41 26 51
E-Mail: wintermessage@yahoo.de

Beiträge in dieser Ausgabe:

Volker van der Locht, Rebecca Maskos,
Jörg Fretter, Susanne v. Daniels, Anne Jung,
Werner Rätz und Thomas Schmidt

Layout: Jörg Fretter, Friedensplatz 6,
35037 Marburg Tel. 0 64 21 / 2 50 29,
E-Mail: joerg.fretter@macnews.de

Druck: Hohlmann Druck & Medien, Essen